

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

14.4.1863 (No. 87)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 14. April.

N. 87.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr. Einrückungsgebühr: die gewöhnliche Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Telegramme.

Frankfurt, 13. Apr. Die „Europe“ bringt die Inhaltsangabe zweier eigenhändigen Schreiben des Papstes an den Kaiser der Franzosen und den Kaiser von Oesterreich. Derselbe verteidigt darin unumwunden und nachdrücklich die Sache der Polen und bringt in beide katholische Monarchen, um sie zu veranlassen, die unter dem Druck der russischen Orthodoxie leuzenden polnischen Katholiken mit dem Schutz ihrer Macht zu decken. Er erinnert daran, daß in Folge der Theilung Polens 11 Millionen Katholiken durch alle erdenklichen Qualen zur Verläugnung ihres Glaubens und zum Uebertritt zum Schisma gezwungen worden seien; ein großer Theil wünsche die Rückkehr in den Schoß der katholischen Kirche, aber Rußland verhindere dies mit eiserner Hand. Der Papst schließt mit einer warmen Appellation an die katholische Welt zu Gunsten Polens.

Breslau, 11. Apr. Die „Breslau. Ztg.“ veröffentlicht nachstehendes Telegramm aus Krakau von heute Mittag: Neue Insurgentenscharen unter den Majoren Lopazki und Polaniez haben sich an der Weichsel im Sandomir'schen festgesetzt. Gesechte haben in letzterer Zeit stattgefunden bei Ringos in Podlachien, bei Koltwarga im Augustowo'schen und bei Kobz in Masowien.

Breslau, 13. Apr. Der „Bresl. Ztg.“ (Mittagsausgabe) zufolge hat zwischen Skolo und Konin (an der Warthe, nicht fern von ihrem Eintritt in das preussische Gebiet) ein Treffen stattgefunden, welches zu Gunsten der Polen ausfiel. Die Insurgenten sollen dort zu großen Massen angewachsen sein.

Von der polnischen Grenze, 12. Apr. (W. L. B.) Das Komitee der revolutionären Regierung in Wilna hat am 31. März ein Manifest erlassen, in welchem es die Mißbräuche der russischen Regierung darlegt, die Bevölkerung zum Aufstand aufruft, und Lithauen und Kleinasien für untrennbare Bestandtheile Polens erklärt. Die Bauern, der Adel und die Jugend ergreifen die Waffen.

Danzig, 13. Apr. Die „Danzig. Ztg.“ meldet aus Warschau, 12. d.: Marquis Wielopolski tritt nicht zurück, sondern bearbeitet mit General v. Berg einen Reformplan, der nach der Besiegung des Aufstandes zu verwirklichen wäre.

Warschau, 11. Apr. (W. L. B.) Auf Vorstellung des Großfürsten-Statthalters hat der Kaiser dem Demissionsgesuch des Erzbischofs Felinski als Mitglied des Staatsraths des Königreichs Polen entsprochen.

St. Petersburg, 12. Apr. (Köln. Ztg.) Ein kaiserliches Manifest bewilligt den polnischen Insurgenten die (mehrere wählbare bedingte) Amnestie. In diesem Manifest heißt es: „Auf uns ruht die Verpflichtung, das Land vor einem Rückfalle in Unordnungen zu bewahren, eine neue Aera dem politischen Leben zu eröffnen, das zu seiner Grundlage eine vernünftige Organisation der Lokalverwaltung im Sinne der Selbstbestimmung verlangt. Wir haben die Grundfesten der Autonomie in den Institutionen gelegt, welche etroxyirt und noch nicht erprobt wurden. Diese Institutionen wollen wir aufrecht erhalten, indem wir uns vorbehalten, zu deren Entwicklung je nach dem Bedürfnis der Zeit und des Landes voranzuschreiten.“ Der kaiserliche Ukas dehnt die Amnestie auch auf die Insurgenten in den westlichen Provinzen Rußlands aus.

St. Petersburg, 12. Apr. (M. Z.) Die kaiserliche Amnestie erstreckt sich auf alle Polen und Russen, die am Aufstand sich betheiligigt haben und sich vor dem 1. Mai unterwerfen.

London, 12. Apr. (Köln. Ztg.) Der heutige „Observer“ sagt, die nach St. Petersburg abgegangenen Noten seien identisch. Sie lauteten weniger triegerisch, als Frankreich, und weniger zahn, als Oesterreich vorgeschlagen habe. Die Großmächte beständen auf den Bedingungen des Wiener Vertrags. Ob dies den Polen genügen werde, sei fraglich.

Rom, 11. Apr. Der Prinz Barberini, Sekretär der Breves des Papstes, welcher neulich zur Kardinalwürde erhoben wurde, ist mit Tod abgegangen. Die zwölfte Sendung der Stadt Lyon für den Petersfest, welcher die Summen enthält, die seit dem 7. Nov. v. J. eingegangen waren, beläuft sich auf 2,957,000 Fr. außer verschiedenen Gegenständen von Werth.

Alexandria, 11. Apr. Der Sultan hat den Vorständen der jüdischen, griechischen, armenischen, koptischen und griechisch-katholischen Religionskörperschaften die Dekoration des Großoffiziers des Weisheits-Ordens verliehen. Se. Kaiserl. Majestät erklärte, daß sie keinen Unterschied der Religion machen wolle.

Deutschland.

Karlsruhe, 13. Apr. Ihre Majestät die Königin Augusta von Preußen ist heute Nachmittag 2 Uhr 21 Minuten, von Koblenz kommend, dahier eingetroffen und im Großherzoglichen Schlosse abgestiegen. Jeder feierliche Empfang war von Höchstberieselben verboten worden. Ihre Ma-

jestät gedenkt bis morgen Abend dahier zu verweilen, um sich sodann nach Baden zu begeben.

Gleichzeitig trafen auch Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz und die Frau Prinzessin Wilhelm von Baden, von Stuttgart kommend, hier ein.

Frankfurt, 12. Apr. Die „Europe“ sagt: Der Inhalt der nach St. Petersburg geschickten Noten motivirt die diplomatische Intervention durch die politischen Grundzüge und die Interessen der europäischen Ordnung. Seit 70 Jahren tauche von Zeit zu Zeit die polnische Frage auf, und störe die Beziehungen der Mächte und den Weltfrieden. Die drei Kabinette, jedes von seinem Standpunkt aus, bringen auf gründliche Befriedigung der Polen und Beseitigung ausgiebiger Ursachen der Ruhestörung. Die Wiener Note sei von den Westmächtlchen durch die Allgemeinheit des Inhalts unterschrieben. Sie appellirt inständig an die Großmuth des Kaisers Alexander für Verbesserung des traurigen Schicksals des Königreichs Polen und anderer polnischen Provinzen.

Frankfurt, 13. Apr. In politischen Kreisen wird die Vermuthung gehegt, daß die Reise des Hrn. v. d. Pfordten nach München mit der deutsch-dänischen Sache im Zusammenhang stehe, welche in Folge der dänischen Ordonnanz vom 30. März und der Adresse der Stände ganz bald in einer oder der andern Form vor den Bundestag kommen müsse. Hr. v. d. Pfordten ist bekanntlich Berichterstatter des bezüglichen Bundesausschusses. — Einem so eben erschienenen Aufruf des Komitees für den Schützenzug nach der Schweiz (Va-Chaux-de-Fonds) entnehmen wir folgende Stelle:

Wir werden dafür Sorge tragen, daß alle deutschen Bundeschützen, die zu dem gemeinsamen Zug unter dem deutschen Banner sich vereinigen, gegen Entrichtung eines bestimmten Betrags Beförderung und sichere Unterkunft erhalten, daß diejenigen, die nach Frankfurt kommen, um den Zug zu bilden, hier eine gastliche Aufnahme finden, daß an bestimmten späteren Stationen Züge sich anschließen können. Wir werden dafür sorgen, daß der Zug dezent geordnet werde, wie es der Würde unseres Schützenbundes entspricht. Weitere Mittheilungen, insbesondere auch die Zeit der Anmeldungen, Betrag der Kosten und die Zeit der Reise etc. werden wir rechtzeitig zur allgemeinen Kenntniß bringen.

Mugsburg, 12. Apr. Die „Allgem. Ztg.“ enthält angeblich aus guter Hand aus Turin folgende Nachricht: Der Kaiser Napoleon hat anfragen lassen, ob König Viktor Emanuel bereit sei, mit 60,000 Mann ihm zur Seite zu stehen. General Ciaolini, der um ein Gutachten befragt worden, hat erklärt, die Möglichkeit sei vorhanden.

München, 10. Apr. (N. Corr.) König Ludwig wird bis zum 3. Mai aus Nizza wieder hier eintreffen. — Der Febr. v. d. Pfordten, welcher heute Vormittag von dem König von Griechenland in einer Privataudienz von längerer Dauer empfangen wurde, wird am 15. d. nach Frankfurt zurückkehren.

Nürnberg, 10. Apr. Der „Nürnb. Anzeig.“ berichtet: Gestern Abend fand in der Luthenhalle eine von der Fortschrittspartei veranstaltete öffentliche Wahlversammlung statt, an welcher gegen 3000 Personen Theil nahmen. Als Redner traten auf Dr. Kreitmair, Brater und Dr. Hamburger. Letzterer befiwortete unter lauter Zustimmung der Versammlung die Wiederwahl der bisherigen Abgg. Brater und Grämer. Schließlich gab Hr. Brater noch einige Aufklärungen über das Verhältnis der „Süddeutsch. Ztg.“ zum preussischen Ministerium Auerwald, mit dem diese (wie überhaupt mit gar keinem Ministerium) nie etwas zu schaffen gehabt etc. — Auch in Fürth fand am 8. Abends die erste größere Versammlung der dortigen Fortschrittspartei statt. Ueber die Aussichten, die die Fortschrittspartei dort in Bezug auf das Wahlergebniß selbst hat, läßt sich noch nichts berichten.

Kassel, 10. Apr. (Südd. Ztg.) In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung wurde über den Bericht des Verfassungsausschusses, die Wahlgesetznovelle betreffend, beraten.

Abg. Harnier als Berichterstatter gab einen Ueberblick über die historische Entwicklung und die jetzige Lage der Sache. Der Ausschuss bemerkte er in der Besprechung von dessen Anträgen, habe das praktische Interesse des Landes bei seinen Propositionen im Auge gehalten, statt sich auf Theorien zu stützen. Der Landtagskommissar versicherte, eine Stimmenersplitterung bei dieser Angelegenheit in dem Saale werde der Regierung, der es Ernst damit sei, dem Lande den Frieden zurückzugeben, ernstlich leid sein. Bei der Verhandlung über die einzelnen Paragraphen wurde die Einleitung, pos. 1 (Prinzen des künftigen Kaiserthums) und pos. 2 (Ständeherrschaften) einstimmig angenommen; pos. 3 (Rückfalle) einhellig abgelehnt; pos. 4 (Ritterschaftliche Obervorrechte der Ritter) ebenso; pos. 5 (Abgeordnete der Universitäten) gegen 12 Stimmen verworfen; die Sätze 6 bis 9 einschließend des Entwurfs hat der Ausschussantrag in folgende weitere Fassung gebracht: „Sechs Abgeordnete, welche von den Mitgliedern des ehemaligen Reichsunmittelbaren Adels in den Provinzen Zuda und Hanau und von den im Kurstaate wohnenden und begüterten Mitgliedern der alttheologischen Ritterschaft, der Ritterschaft der Grafschaft Schaumburg und der im S. 16 des Landtagsabschlusses vom 9. März 1831 genannten adeligen Familien der Provinz Hanau gewählt werden.“

Bundesth sprach Abg. K. Deller gegen den Antrag. Er müsse sich gegen die Ritter erklären, da das Wahlgesetz von 1849, an dem er festhalte (wie auch die Regierung) das neue Wahlgesetz nur als Fortsetzung von jenem betrachte und den Frieden wolle, wie man anerkennen müsse, die Privilegien der Geburt aufgehoben habe. Ein Einverständnis des Bundestags bei der Verwerfung der Proposition sei nicht zu fürchten. Ein Cassenflug werde nicht alle Tage geboren, ohne Revolution keine Reaktion, ohne 1848 kein 1851. Thue Recht und schone Niemand, müsse auch ferner der einzig die Versammlung leitende Grundsatz sein. Die Vorlage der Regierung bezüglich der Ritter — die wohl einst Rechte, weil auch Pflichten gehabt, aber jetzt mit den Letztern die ersten verloren hätten — sei ein Rückschritt hinter das Jahr 1831. In gleicher Richtung sprachen sich die Abgeordneten Helwig, Wippermann und Trabert aus, nur daß Letzterer auch gegen die von K. Deller befiwortete Vertretung des Großgrundbesitzes sich aussprach, und sich für vollständige Erhaltung des 1849er Wahlgesetzes erklärte. Abg. Friedrich Deller opponirte dem Ausschussantrag ebenfalls. Letzterer ward endlich gegen 10 Stimmen angenommen. Alles Uebrige wurde unter Vorbehalt einiger redaktionellen Änderungen, die Abg. Trabert proponirte, nach den Anträgen des Ausschusses genehmigt.

Nach zweistündiger Unterbrechung wurde die Sitzung Nachmittags 4 Uhr wieder eröffnet zum Zweck der Revision des Wahlgesetzes. Abg. Harnier bezeichnede die von Trabert beantragten Änderungen als einzigen Gegenstand der Revision, und es erfolgte dann zweite Lesung des solcherweise alterirten Entwurfs und geheime Abstimmung über das ganze Gesetz. Unter feierlicher Spannung aller Anwesenden verlas der Präsident die sämmtlichen mit „angenommen“ bezeichneten Stimmzettel und sprach dann folgendes: „Meine Herren, Niemand weiß besser als ich, wie groß das Opfer war, welches Manche von Ihnen aus Vaterlandsliebe gebracht und in diese Urne niedergelegt hat, wie schwer der Kampf Manche gewesen ist, den er mit sich gekämpft hat. Möge die Regierung Sr. Königl. Hoh. des Kurfürsten die Bedeutung dieses Augenblicks beherzigen und nicht unterschätzen.“ Die Abgg. Deller, H. und H. Trabert, Wippermann, Knobell, Helwig und Loh gaben dann noch Erklärungen zu Protokoll in Betreff der trotz ihrer abweichenden Meinung von ihnen gegebenen Zustimmung zum Gesetz. Friedrich Deller sagte, daß er für das Gesetz gestimmt, weil er es für dringend geboten gehalten, daß den Ansprüchen der Ständeherrschaft und des vormaligen Reichsadels einhellig genügt werde. Karl Deller bemerkte, daß er sogar lieber eine abgesonderte Vertretung der Ritterschaft in der Beschränkung des geübten Besitztums in dem Ständesaale zugeben wolle, als den definitiven Abschluß der Wahlgesetzfrage noch länger ausgelegt sehen möchte. Abg. Trabert gab an, er habe nicht gegen das Gesetz stimmen können, weil er es für eine zu große Verantwortlichkeit für sich gehalten hätte, wenn er allein sich mit der hohen Versammlung hätte in Widerspruch setzen wollen.

Hamburg, 10. Apr. (Nat. Ztg.) Der Senat hatte im vorigen Jahre in seiner Rückäußerung auf den von der Bürgerschaft gefaßten Beschluß, eine fast vollständige Erwerbsfreiheit in Hamburg einzuführen, sich diesem Beschlusse zwar im Allgemeinen zustimmig erklärt, die Ausführung desselben jedoch unter Vorbehalt von Modifikationen von der Entscheidung über die Ablösung der Realgerechtfame abhängig gemacht und daher der Bürgerschaft vorgeschlagen, sich an der Wahl einer gemischten, aus Delegirten des Senats und der Bürgerschaft bestehenden Kommission zu betheiligen. Nachdem dieser Vorschlag von der Bürgerschaft angenommen war, machte sich die gemischte Kommission sofort an die Arbeit und unterhandelte mit den Inhabern der Realgerechtfame (den Aemtern der Schlichter, Bäcker, Brauer, Goldschmiede und der Bader, d. h. Barbieren). Sowohl der von der Kommission dabei an den Tag gelegte Fleiß, als auch ihre Geschicklichkeit haben nun nach wenigen Monaten zu dem Resultate geführt, daß eine Uebereinkunft mit allen Aemtern, das der Bäcker ausgenommen, die sich zu keiner Abfindung bereit finden ließen, also wahrscheinlich-volle Entscheidung erhalten müssen, durch Vergleich zu Stande gekommen ist. Die Kommission hat nun das Ablösungsgesetz entworfen und dasselbe vorgestern dem Senat mit der Bitte übergeben, es sofort der Bürgerschaft mitzutheilen.

Vorgestern haben auch auf Hamburger Gebiet die Erdarbeiten zur direkten Hamburg-Lübecker Eisenbahn über Wandersbeck und Oldesloe (Holstein) begonnen.

Berlin, 10. Apr. Die vereinigten Kommissionen des Abgeordnetenhauses für Finanzen und Zölle und für Handel und Gewerbe haben gestern die mit Belgien abgeschlossenen handelspolitischen Verabredungen beraten. Die Staatsregierung war durch die H. H. Delbrück, Philippsohn und Pommer-Eiche vertreten. Ohne Abänderungsvorschläge und Abänderungen sind die drei Verabredungen zur Annahme gelangt. Die Diskussion bot nichts Erhebliches. Der Bericht des Abg. Michaelis über das mit Belgien vereinbarte Protokoll und den Schiffsfahrts-Vertrag wurde sofort festgesetzt, der des Abg. Koepell über die Literarkonvention soll verlesen und festgesetzt werden.

Nach dem Vorgang des ersten hiesigen Wahlbezirks, dessen Wahlmänner gestern Abend im Meier'schen Saal eine Versammlung zur Besprechung der Militärfrage abgehalten haben, wird heute Abend im zweiten Wahlbezirk zu dem gleichen Zweck eine Wahlmänner-Versammlung stattfinden. Die gestrige Versammlung hat sich in der von ihren Urhebern beabsichtigten Weise für die Verwerfung der No-

velle zum Wehrpflichtigkeits-Gesetz und für die Unterstützung der Waldeck'schen Resolutionsanträge ausgesprochen. — Der Abg. Löwe hat in der Versammlung der Fortschrittspartei seinen Adresseantrag wegen Schleswig-Holstein zurückgezogen.

Der Redakteur des „Kladderadatsch“ ist, wie der „Publist“ meldet, wegen des Bildes in der zuletzt mit Beschlag belegten Nummer verantwortlich vernommen worden. Es wird also Anklage erhoben werden.

Eine hiesige Lithographie will, in einem sehr gut unterrichteten Kreise, gehört haben, daß Oesterreich sich nicht wie Preußen mit einem Protest in der schleswig-holsteinischen Sache begnügen, sondern am Bunde kriegerische Schritte gegen Dänemark herbeiführen werde. In diesem Sinne sollen jetzt schon Verständigungen zwischen Oesterreich, Bayern und Hannover stattgefunden haben, und Hannover sehr bereit sein, die Bundesexekution in erster Linie zu übernehmen. (Von anderer Seite verlautet hierüber noch nichts, wenigstens nichts Zuverlässiges.)

Berlin, 11. Apr. (Nat.-Ztg.) In der gestrigen Fraktionsversammlung der deutschen Fortschrittspartei ist über die schleswig-holsteinische Frage und über die allgemeine politische Situation verhandelt worden. Nach einer längeren Diskussion hat Abg. Löwe (Dortmund) seinen Antrag auf Erlass einer Adresse an den König, in welcher die ganze Lage des Landes mit ihren innern Verwicklungen und ihren äußern Gefahren dargelegt werden sollte, zurückgezogen. Dagegen hat in der schleswig-holsteinischen Sache die bekannte Interpellation des Abg. Twesten die Zustimmung der Fraktion erhalten. — Die Budgetkommission wird ihre Arbeiten erst dann wieder aufnehmen, wenn die Militärkommission ganz fertig ist; eine Anzahl Mitglieder gehören nämlich beiden Kommissionen an. Die Rechnung für 1859, die Vorlage für 1862 und der Militäretat für 1863, also die prinzipiell wichtigsten Budgetangelegenheiten, sind noch von der Kommission zu beraten. — In der Militärkommission werden noch einige Sitzungen stattfinden, da die Marinevorlage noch nicht erledigt ist. Auch wird der Referent über die Militärvorlage, Abg. v. Jordanbeck, schließlich noch einige Resolutionen beantragen, im Uebrigen aber seinen Bericht, der sehr umfangreich sein und viele Altensstücke enthalten wird, der Kommission bereits am künftigen Mittwoch vorlegen können.

Die parlamentarische Lage in der Militärfrage hat sich nicht geändert. Zur Beseitigung eines viel verbreiteten Irrthums, schreibt die „Kammerkorresp.“, mag bemerkt sein, daß der in dieser Frage bestehende Gegensatz innerhalb der liberalen Majorität durchaus nicht dahin geht, ob der Gesetzentwurf der Militärkommission oder die Waldeck-Kirchmann'sche Resolution angenommen werden soll, sondern dahin, ob Amendirung der Regierungsvorlage oder nicht. Entschieden sich die Majorität für das Erste, so ist damit noch keineswegs die unveränderte Annahme jenes Gesetzentwurfs der Militärkommission ausgesprochen; entscheidet sie sich für die zweite Alternative, so ist damit an sich weder über die Annahme einer Resolution überhaupt, noch über die Annahme der Waldeck-Kirchmann'schen entschieden; die letztere scheint in der Fassung, wie sie vorliegt, wenig Aussicht auf Zustimmung zu haben. Uebrigens wird die Hoffnung, daß es schließlich gelingen werde, eine einigende Form zu finden, immer mehr Anhalt. So offen der einmal bestehende Gegensatz hier zugestanden und dargelegt worden ist, so bestimmt darf auch versichert werden, daß man gut thut, die Gefahr einer Spaltung oder Sprengung der Majorität nicht zu überschätzen; nicht jede dunkle Wolke bringt ein Gewitter.

Berlin, 12. Apr. Gestern Vormittag erfolgte im Park des Invalidenhauses die feierliche Einweihung des Denkmals, welches die Familien der mit dem Kriegsschiff „Amazonen“ im November 1861 untergegangenen Seesoldaten und Kadetten diesen und ihren mitverunglückten Kameraden von der Schiffsbesatzung errichtet haben. Sämmtliche hier anwesende Marineoffiziere und Mannschaften versammelten sich auf dem Denkmalsplatz. Bei der Feier hielt der Prediger Hanstein von der Invalidenkirche die Gedächtnisrede, Kadetten und Mannschaften der Marine eine erhebende Ansprache und begrüßte dann mit Worten inniger Theilnahme die Leidtragenden, worauf die Versammlung sich trennte. — Der „Staatsanzeiger“ enthält eine königl. Kabinettsordre, nach welcher in der Flotten-Stammdivision die Versorgungsberechtigung durch eine 12jährige Dienstzeit, darunter mindestens eine 5jährige als Unteroffizier, erworben wird. Bei den Schiffsjungen soll die verjüngungsberechtigte Dienstzeit vom 17. Lebensjahre ab gerechnet werden. — Dem Vernehmen nach wird die Frau Kronprinzessin gegen Ende dieses Monats ihren erlauchten Gemahl nach Danzig begleiten und daselbst einige Zeit residiren. Der Kronprinz begibt sich nämlich in einigen Wochen nach Danzig, um als Inspektor der ersten Armeeabtheilung von dort aus seine Inspektionsreisen zu den verschiedenen Truppentheilen des die Abtheilung bildenden 1. und 2. Armeekorps auszuführen.

Wien, 11. Apr. (N. Z.) Eine russische Zirkulardepesche erklärt: die politische Situation lege Rußland die Pflicht auf, für alle Fälle gerüstet zu sein; es sei dies aber eine reine Defensivmaßregel, an irgend eine Aggression werde nicht gedacht. Gleichwohl herrscht die Befürchtung vor ernstlichen Konflikten zwischen Rußland und Schweden.

Wien, 11. Apr. Die „Gen.-Korrespondenz“ veröffentlicht über die Stellung Oesterreichs zu den Vorgängen in Polen folgenden offiziellen Artikel:

Die Vorsichtsmaßregeln, welche in einigen Punkten Galizien unterläßt geworden sind, um einerseits jede Begründung einer Beschuldigung der Unterstüßung des Aufstandes von Oesterreich fernzuhalten, andererseits jeder Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit in den der polnischen Insurrektion naheliegenden Theilen des kaiserlichen

Gebietes rechtzeitig zu begegnen, werden von mehreren Seiten dazu ausgebeutet, um der Oesterreichischen Regierung eine Schwächung in ihrer Haltung dem polnischen Aufstande gegenüber zur Last zu legen. Jeder unbefangene Beobachter wird die Grundlosigkeit solcher Insinuationen erkennen. Oesterreichs Stellung war der polnischen Insurrektion gegenüber vom ersten Augenblicke an die der mit möglichster Humanität gepaarten vollen Unparteilichkeit. Daß Oesterreich diese sich selbst gegebene Stellung gewissenhaft eingehalten, hierfür bürgt die einstimmige Anerkennung Europa's. Oesterreich hat jedoch weitere internationale Pflichten gegen die übrigen Staaten Europa's, heilige Pflichten gegen sich selbst, und unabwiesbare Pflichten gegen seine Unterthanen. Die kaiserl. Regierung kann und darf es nicht dulden, daß aus ihrem Territorium gleichsam ein Waffenplatz zu Angriffen auf einen Nachbarstaat gemacht werde, da sie sonst den Standpunkt der Unparteilichkeit verlassen und den Weg der Kooperation betreten würde; die kaiserl. Regierung darf innerhalb der Monarchie keine Gewalt, ob offene, ob geheime, neben sich bestehen lassen, die Befehle erteilen und Strafen diktiren will, das ist sie der Heiligkeit der Krone schuldig; Oesterreichs Regierung muß schließlich die gesammten Bürger des Reiches gegen den Terrorismus einer geheimen, ungeseligen Macht ausreichend schützen, das ist sie ihren Unterthanen schuldig.

Die hierauf abzielenden Maßnahmen sind nicht allein Recht, sondern auch Pflicht der Regierung, deren Erfüllung für die kaiserl. Regierung um so unerlässlicher ist, als sie schon wiederholt in der unangenehmen Nothwendigkeit war, der kais. russischen Regierung gegenüber Vorsorge gegen Verletzung des eigenen Gebietes und Genugthuung gegen vorgefallene Gewaltthatigkeiten zu verlangen, und sie dies mit dem nöthigen Nachdruck nur dann thun kann, wenn sie ihrerseits den internationalen Pflichten vollkommen gerecht geworden ist.

Es läßt sich übrigens auch nicht verkennen, daß es den Freunden Polens zunächst obliegen sollte, die kais. Regierung in diesem Bestreben durch gewissenhafte Einhaltung der Pflichten der Unparteilichkeit nachhaltig zu unterstützen, um es Oesterreich in solcher Weise möglich zu machen, seinen Einfluß auf die russische Regierung zu Gunsten Polens auf jenem Wege zur Geltung zu bringen, der allein für die Sache von Erfolg sein kann.

Aus Tyrol, 7. Apr. (Fr. Z.) Mit dem Bau der Eisenbahn über den Brenner scheint es in diesem Frühling doch Ernst zu werden. Wie man versichern hört, werden die Arbeiten noch im Lauf dieses Monats beginnen; es sollen 10,000 Zivilarbeiter aufgenommen werden. Um den Bau zu beschleunigen, beabsichtigt man auch noch einige Tausend Soldaten zu verwenden, doch sind die diesbezüglichen Verhandlungen noch nicht beendet.

Italien.

Turin, 10. Apr. Der „Italia“ zufolge wird der König seine Reise nicht über 20 Tage ausdehnen. Der französische Gesandte Graf Sartiges wird nächsten Montag nach Florenz reisen.

Die Abgeordnetenkammer setzt die Diskussion über's Budget fort.

Turin, 11. Apr. Der Vertrag des Ankaufs der Viktor-Emanuel-Eisenbahn seitens des Staates ist nach Florenz geschickt worden, um vom König unterzeichnet zu werden. Durch diesen Vertrag werden die kalabresisch-sizilianischen Eisenbahnen Hrn. Karl Lafitte concedirt.

Turin, 11. Apr. Die „Stampa“ veröffentlicht ein Rundschreiben des Justizministers, welches den Staatsanwälten Wachsamkeit auf die Unjuristendenzen der föderalistischen und radikalen Presse anempfiehlt.

Ein jeder Angriff auf die konstitutionelle und einheitliche Monarchie soll energisch unterdrückt werden.

Das Geschworenengericht von Neapel hat drei Personen zur Zwangsarbeit verurtheilt, denen nachgewiesen worden ist, daß sie sich bei dem politischen Prozeß vom 15. Mai 1848 haben falsches Zeugniß und Verleumdung zu Schulden kommen lassen.

Mailand, 11. Apr. Die heutige „Perseveranza“ widerlegt die durch einige Blätter verbreiteten alarmirenden Gerüchte. Sie glaubt, daß einige, nahe an den Grenzen Venezien's versammelte Männer der Aktionspartei Vorbereitungen treffen, welche neuerdings die öffentliche Ordnung stören könnten. Allein weder die Gerüchte, noch jene Vorbereitungen sollen das Vertrauen in die Voraussetzungen und Festigkeit der Regierung und in die Klugheit des Volkes erschüttern.

Frankreich.

Paris, 11. Apr. Die „Indep. belge“ wird morgen von einer Note des Fürsten Gortschakoff an die französische Regierung sprechen. Dem Brüsseler Blatt zufolge sprach sich derselbe in diesem Altensstück sehr bitter über die Haltung des „Moniteurs“ und der offiziellen Blätter in der polnischen Angelegenheit aus; er soll beifügen, daß man in St. Petersburg die Mission des Fürsten Metternich nach Wien genau kenne, daß man wisse, daß ein Gelingen dieser Mission der Krieg mit Rußland war, und daß die Regierung des Zaaren die wahren Gesinnungen der französischen Regierung, ob Krieg oder Friede, zu kennen wünsche. Ich weiß nicht, wo die „Indep.“ diese Nachricht schöpfte; doch kann ich versichern, daß man im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten die Existenz einer solchen Note aufs bestimmteste in Abrede stellt. Ganz ebenso verhält es sich mit einer angeblichen, von Hrn. v. Bubberg überreichten Note, worin Rußland jede Einmischung in die Angelegenheiten Polens als eine Verletzung seiner Souveränitäts-Unabhängigkeit erachten müßte. Wir sind in der Lage, zu versichern — sagt hierüber die „France“ — daß keinerlei Mittheilung dieser Art an die französische Regierung gelangte. Wir glauben beifügen zu können, daß eine solche Note von St. Petersburg aus weder nach Paris, noch an irgend ein anderes europäisches Kabinet geschickt werden konnte. Bis heute nämlich strebte Frankreich nach einer diplomatischen Intervention, bei welcher, gemeinschaftlich oder getrennt, die Höfe von Paris, Wien und London das gleiche Ziel verfolgen würden. Aber wenn in dieser Beziehung bereits betriebende Resultate erzielt wurden, so hat die Regierung des Kaisers Alexander

hievon noch keine offizielle Mittheilung erhalten. Es ist also nicht möglich, daß Rußland auf eine Note antwortete, die es noch gar nicht erhalten hat. — Man bemerkt heute, daß einige Pariser Blätter (z. B. die „Union“) keinen Bescheid über den Bericht veröffentlichten. Der Cred. Mob. hatte, wie es scheint, diese Blätter, die größtentheils von Anzeigen und Reklamen leben, mit Entziehung der Berichtsinjection gedroht, wenn sie sich über diesen Bericht tadelnd äußern würden. — Abé Dauphin, ein Jögling aus der Schule des P. Lacordaire, hat den religiösen Unterricht des kleinen kaiserl. Prinzen übernommen. — Die Regierung E. Emanuel's hat in Rom einen Nachfolger für den verstorbenen Erzbischof von Turin präsentirt. Befragt, äußerte die päpstliche Regierung, daß sie — bei sonst entsprechender Persönlichkeit — gegen einen von Turin in Vorschlag gebrachten Prälaten Nichts einzuwenden habe, ihn aber nur als einen piemontesischen, nicht aber als einen Erzbischof des Königreichs Italien anerkennen könne. — Die Installation des Erzbischofs von Paris ist auf den 22. April verschoben. Der Verlängerung der Session des Gesetzgeb. Körpers bis zum 30. April wird eine zweite bis Mitte Mai nachfolgen.

Spanien.

Madrid, 10. Apr. Der Finanzminister erklärte, indem er den Gesetzentwurf wegen der Steuererhebung bis zum 1. Juli vorlegte, daß, falls dieser Entwurf nicht beraten würde, er den Reformentwurf des Zolltarifs zurückziehen werde.

Madrid, 11. Apr. Man versichert, daß Hr. Odilon Barrot der spanischen Regierung ein Ansuchen auf Amnestie für die wegen protestantischer Propaganda verurtheilten Unglücklichen übersandt habe.

Hr. Rivera interpellirte heute in der Kammer wegen der letzten Ministerkrisis. Der Marquis v. Miraflores erwiderte, das Kabinet sei keineswegs ein Uebergangskabinet und setzte mit großer Klarheit sein politisches Programm auseinander.

Rußland und Polen.

Ueber die Ursachen, welche den Rücktritt des Generals Langiewicz von der Diktatur veranlaßt haben, gibt ein Altensstück interessante Aufschlüsse, welches Wiener Blätter mittheilen. Es ist eine Zuschrift der provisorischen revolutionären Regierung an Langiewicz, welches deutlich genug die politischen Gegensätze erkennen läßt, die selbst unter den jetzigen Verhältnissen, wo doch die ohnehin so geringen Aussichten auf Erfolg ohne Eintracht und gegenseitiges Nachgeben vollends verschwinden mußten, sich nicht Schweigen aufzuerlegen vermögen. Die Zuschrift lautet:

General! Die Nachricht von Deiner Proklamation zum Diktator wurde von uns, ob zwar wir darin nur einen Staatsfreis zu erblicken vermochten, im ersten Augenblicke mit Freude aufgenommen. Wir Alle, ohne Unterschied der Ueberzeugungen, waren bereit, die revolutionäre Loyalität dieses Altes anzuerkennen, denn wir sahen darin die That eines Mannes, der sich stark genug fühlte, das Vaterland von seinem Fall aufzurichten. Auch zogen wir dabei die politischen Verhältnisse in Betracht, welche bisher die Errichtung einer öffentlichen Gewalt nicht gestatteten. Fast ohne Verathung wurde die Drucklegung Deines Manifestes beschlossen. Es wurden zugleich alle Hebel in Bewegung gesetzt, um Dir in der öffentlichen Meinung die allgemeine Anerkennung zu verschaffen, und in der Voraussetzung, daß die Leitung des Rußlandes in kräftige Hände übergegangen, war die Regierung bereit, gänzlich zurückzutreten. Denn Deine spontane Erklärung, daß Du die revolutionäre und nationale Politik des Komitee's adoptirst, diente uns als Bürgschaft, daß Du die vom Komitee angenommenen Grundsätze in keiner Weise verlegen und den Versuchungen der Reaktion, welche alle durch den Aufstand emporgekommenen Persönlichkeiten perhorreszirt, Widerstand leisten wirst. Jedoch schon während der Drucklegung Deiner Proklamation mühten wir zu unserer tiefsten Betrübnis vernahmen, unter welchen Umständen Deine Diktatur zu Stande gekommen ist. Wir hätten es nie für möglich gehalten, daß der Kampf von Swientotrych und Stasow, welcher keine andere Weisheit, als die der Revolution benötigte, seinen Stützpunkt in politischen Intrigen zu suchen brauchte, und zwar bei Leuten, die nur mit Geringschätzung auf ihn hinabsahen. Wir können keinen andern Gedanken Raum geben, als daß Dein guter Glaube auf die schändlichste Weise mißbraucht wurde, und in welcher Absicht, das werden wir Dir erklären. Nur unter dieser Voraussetzung haben wir die Publikation Deines Manifestes nicht stillt, und wir beharren auf dem Wege, den wir noch vor Erhalt jener Nachrichten betreten haben. Gegen den Grundsatz der Diktatur haben wir Nichts einzuwenden, auch Nichts gegen Deine Person; es waltet also unsererseits kein Anstand ob, daß die Diktatur sich in Deinen Händen befindet; nur erwartet man, daß dem Vaterlande daraus wirklich Vortheil erwächst. Jetzt aber müssen wir Dir auf das bestimmteste erklären, daß wir Deine jegliche Umgebung auf keinen Fall dulden werden, aus Rücksicht für den Aufstand, aus Achtung für Dich und für uns selbst. Bedenke, General, daß das Pflichtgefühl uns dazu bestimmt, so zu Dir zu sprechen, und daß Schweigen in diesem Augenblicke das größte Verbrechen wäre. Als in jener denkwürdigen Nacht auf ein gegebenes Zeichen die Nation sich erhob und Du in einer der Wohlwollendsten an der Spitze der Bewegung standest, haben Leute, deren Agenten sich jetzt zu Deinen Füßen krümmen, um Dich desto leichter zu verderben und die Revolution mit Schmach zu bedecken, mit der nur der Reaktion eigenthümlichen Schamlosigkeit Dir Renten angetragen, wenn Du Dich entschließen wollest, der Revolution den Rücken zu kehren. Wir wollen nicht in Abrede stellen, daß die nationale Regierung damals es leider unterlassen mußte, Dir militärische Hilfe zu leisten; aber vergesse nicht, General, daß Du Deine spätern Erfolge meist nur unseren Vorbereitungen zu verdanken hast.

Der weitere Inhalt dieses Sendschreibens ist die Charakteristik derjenigen Personen, von denen der Diktator umgeben ist, und von denen er erwartet wird, da sie sich fälschlich als Abgesandte des Zentralkomitee's ausgegeben haben, in Wahrheit aber nur Feinde der Revolution sind. Bentskowski allein wird als wahrer Patriot geschilbert. Dann heißt es weiter:

Der Diktator hat das Recht, sich mit Personen von allen Parteien zu umgeben; aber er darf nicht die Grundzüge verläugnen, durch die er emporgestiegen ist. Wir acceptiren das Geschehene, aber es darf ohne unsere Zustimmung keine Zivilregierung geschaffen werden; denn alle jene Theile des Landes, welche der Feind besetzt hält, stehen unter unserem Einflusse und dürfen nur mit unserer Zustimmung regiert werden. In diesem Augenblicke besitzt Du noch unsere volle Anerkennung; wir vertrauen dem Sieger von Staszow und Malagocz. Jene aber fügen Dich nur, weil sie in Dir nur den Gegner Mieroslawski's sehen. Für uns bist Du der Repräsentant einer neuen Idee, Jene aber gültig Du nur als Werkzeug. Wähle! Solltest Du uns in unseren Erwartungen täuschen, so sei versichert, General, daß in demselben Maße, als wir Dir jetzt unsern Beistand anbieten, wir Dich alsbald mit allen uns zu Gebot stehenden Mitteln bekämpfen werden. — Warschau, 16. März 1863.

Man sieht: der Warschauer revolutionären Regierung waren die Männer, welchen Langiewicz die Zivilregierung übertragen hatte, nicht roth genug.

St. Petersburg, 8. Apr. (A. J.) Der Reiseplan unserer Kaiserin hat in jüngster Zeit eine Aenderung erlitten. Diese wird nicht, wie es hieß, ins Ausland nach Kissingen und Schwalbach, sondern in die Krim gehen. — Seit gestern verlautet hier, daß Zinnland auf Kriegsfuß gesetzt werden soll, um seine Bewohner vor etwaigen Ueberrassungen zu wahren. Die Aelternsammlung des Petersburger Gouvernements hat in ihrer Sitzung vom 3. d. M., wie das heutige „Journ. de St. Petersburg“ mittheilt, folgende Adresse an den Kaiser beschloffen:

Allergnädigster Herrscher! Der Adel des St. Petersburger Gouvernements, getrieben durch seine altbewährte Hingebung und Treue gegen den Thron und das Vaterland, erachtet es als seine heilige Pflicht, Ew. Majestät feierlich die Gesühle auszusprechen, die ihn beleben. Die Anpreisung auf das Erbtheil Russlands, die durch die Unruhen in Polen hervorgerufen worden sind, erregen unsern Schmerz und unsere Entrüstung. Unsere Weiber schmückten sich mit der Hoffnung, daß die durch Ew. Majestät für das Glück und das Gedeihen des Staats eingeführte Aera der Reformen den Plänen, die sie gegen die Unverletzbarkeit des Reiches schmiedeten, günstig sein werde. Ihre Erwartung wird zu Schanden werden. Der Adel, der sich stets durch seine Opferwilligkeit und Selbstverleugnung ausgezeichnet hat, wird sich unauflöslich eins füllt mit allen Klassen der Nation, wird vor keiner Anstrengung noch vor irgend einem Opfer zurückschrecken, um mit unerschütterlicher Festigkeit die Gebiete des Reichs zu verteidigen. Die Feinde Russlands sollen erfahren, daß in und noch jener mächtige Geist unserer Vorfahren lebt, der die politische Einheit unseres geliebten Vaterlandes schuf.

Petersburg, 10. Apr. Ein kaiserl. Ulas vom 31. März befehlet die Beschlagnahme der Güter und Kapitalien aller an der Insurrektion Antheil nehmenden Bürger der westlichen Provinzen.

Die Garnison von Kalisch ist verstärkt worden, weil eine starke Abtheilung Aufständischer in der Umgegend erschienen ist.

Warschau, 9. Apr., Abends. General Berg hat sich bei der ersten Vorstellung der hier kommandirenden Generale sehr unzufrieden geäußert. Er erklärte den Herren mit dürren Worten, daß, wie er bemerkte, sie zu sehr ihr Leben im Dienste des Kaisers schonen, und empfahl ihnen mehr Energie zu entwickeln. — Nikola Cyprien ist vom Kriegsgericht zum Tode verurtheilt worden. Der Großfürst-Statthalter hat das Urtheil auf 12 Jahre schwere Kerkerstrafe in Sibirien gemildert. Diese Nachricht hat auf den Vater des jungen unglücklichen Mannes einen so tiefen Eindruck gemacht, daß er augenblicklich vom Schlag gerührt wurde und man für sein Leben fürchtet. — Gestern fand das feierliche Begräbniß des plötzlich verstorbenen Generals Wagner, Militärchef im Peterkauer Bezirk, statt.

Chdkubnen, 9. Apr. Man schreibt der „Danziger Zig.“ über die Insurrektion in den angrenzenden polnischen Kreisen: In den dichtem Wäldern bei Pilwitschen und Koslawka Rud a — ungefähr 4 Meilen von hier — hatte sich in letzter Zeit ein Insurgentenhaufen von etwa 500 Mann gesammelt; dies wurde vor einigen Tagen dem Militärgouverneur in Kowno durch einen Bauern mitgetheilt, und erbot sich derselbe auch als Führer des russischen Militärs. Am 7. d. M. rückte mit Extrazügen russisches Militär von Kowno und von der Grenzstation Wirballen zur Durchsuchung der obigen Wälder ab. Die Insurgenten wurden von den russischen Truppen angegriffen und mit großem Verlust in die Flucht geschlagen. Vom Militär blieben ein Offizier und 18 Mann todt auf dem Platze. Den Bauern fand man heute erhängt an einem Baume neben seiner Festung. Ein neuer Insurgentenhaufe hat sich gestern zwei Meilen von hier, bei Polnisch-Neustadt, sehen lassen. Bei den polnisch-lithauischen Bauern findet der Aufstand keinen Anklang. Die Anhänger desselben sind nur polnische Gutsbesizers-Söhne, Knechte und Militärpflichtige. Der Eisenbahnverkehr mit St. Petersburg ist in dieser Woche nicht gestört worden. Das Verspäten der Züge wird nur durch die großen Militärtransporte veranlaßt.

Waldö, 31. März. Die amtliche Stockholmer „Post-tidning“ bringt einen Bericht über das Einlaufen des mit einer Freischar für Polen besetzten englischen Schiffes „Ward Jackson“, dem wir folgendes entnehmen:

Das Schiff ist von 180 Personen, theils Ungarn, theils Franzosen, und 26 Offizieren besetzt, führt 3 Kanonen, hat 2500 Gewehre und nöthige Ammunition an Bord; der englische Kapitän hat alle Schiffsapostere bei sich behalten. Da die betreffenden Behörden von der Ankunft eines stark bemanneten Fahrzeuges mit Waffen und Munition ohne Schiffsapostere, nur nach Privatangabe der „Ward Jackson“, unterrichtet worden, welches Fahrzeug nach eingelaufenen Berichten von England abgefahren war, um dem von den englischen Behörden beschlossenen Embargo auszuweichen, so hat Ew. Majestät die Regierungsbehörde wissen lassen, bis auf fernere Verfügung das Schiff und die Besatzung mit Beschlag zu belegen; Mannschaft und Passagiere könnten aber frei über sich verfügen. Der Befehl ist auf telegraphischem Wege am 1. April abgegangen. Zu diesem amtlichen Bericht bemerkt „Nya Dagligt Alle-handa“:

„Jeder Staat müßte Embargo auf ein solches Schiff legen, wie die völkerechtliche Vorschrift lautet.“ Das Schiff hatte 60,000 scharfe Patronen und 2000 Zentner Pulver, und am 2. April Abends brach Feuer im Kohlenmagazin aus. Der Schrecken war entsetzlich; wäre das Pulver in Brand gerathen, so hätte Walmö Menschen in Menge und Millionen an Geld eingebüßt. Es wurde das Pulver auf ein kleines Fahrzeug geschafft und um 10 Uhr das Feuer gelöscht.

Donaufürstenthümer.

Bucharest, 9. Apr. Die Regierung hat für alle Nationalitäten der alten Sittte gemäß den Gebrauch der rumänischen Sprache verfügt. Hier und in Braila kam es in Folge davon zu Unruhen, welche durch Griechen veranlaßt wurden, und die Behörden sahen sich genöthigt, streng einzuschreiten. Der Fürst hat aus seiner Willkür ein Hindelhaus und ein Invalidenhaus dotirt, sowie Preise für Leistungen in der Nationalliteratur ausgesetzt. Er und die Fürstin reisen morgen nach Jassy ab.

Großbritannien.

London, 11. Apr. Gestern Abend — sagt die „Times“ — sind Depeschen aus London, Paris und Wien nach St. Petersburg abgegangen, mit der Meinung an die Vertreter Großbritanniens, Frankreichs und Oesterreichs in jener Stadt, die Depeschen dem Fürsten Gortschakoff vorzulesen und ihn Abschriften derselben zu lassen. Sie sind in freundlichen Worten abgefaßt, aber alle geben der russischen Regierung eine verständliche Warnung. An diese Mittheilung, auf die man längst vorbereitet war, knüpft die „Times“ Betrachtungen über die polnische Revolution im Allgemeinen. Der Aufstand sei an sich eine Drangsal für Rußland, aber noch jurchbarer vermöge des grellen Lichtes, das er über die Zustände Rußlands verbreite. Namentlich verbreitet sich die „Times“ in den stärksten Ausdrücken über den Mangel an Mannszucht in der Armee, wovon sie übrigens das Offiziercorps ausnimmt, insofern dieses oft mit eigener, größter Lebensgefahr, zugleich vergebens, die Wuth ihrer Soldaten zu zügeln suchen. Wir zweifeln nicht — schließt die „Times“ — daß die russische Regierung gewähren wird, was für die dem englischen Reisenden Hrn. Jintzenstein erlittene Unbill beansprucht werden kann. Aber auf die guten Beziehungen zwischen England und Rußland kann das Ereigniß nicht einwirken; indessen ist es immerhin von großer Bedeutung.

Der „Herald“ ist unablässig bemüht, die Hoffnungslosigkeit des polnischen Aufstandes nachzuweisen, und ermahnt die Polen fast täglich, sich auf die Gnade und Großmuth Rußlands zu verlassen. — „Daily News“ bekämpft die Meinung, daß Oesterreich eine aufrichtig polenfreundliche Politik befolge.

Der „Spectator“ bepricht die vom „Dagbladet“ aufgestellten „Bedingungen“ der griechischen Kandidatur des Prinzen Wilhelm in wenigen, aber unverblümlten Worten: — Die Hauptbedingung war eine Garantie für den Besitz von Schleswig. Diese unverschämte Forderung, die für die Annahme einer Eintheilung einen Preis ansetzte, verursachte einen Rückgang in allen griechischen Sicherheiten, und hatte zum Nachfolger einen andern Bericht, wornach Prinz Christian gewisse Sicherheiten für seinen Sohn, anscheinend in der Form einer Willkür, verlangte. Auch dies wurde als übertrieben angesehen, da der Prinz einem landlosen Hause angehört und nichts ausgibt; und die Kurse gingen weiter zurück. Am Freitag endlich kam die amtliche Nachricht, daß Dänemark keine Bedingungen für sich selbst und nur mäßige für den Prinzen Wilhelm verlange. Es ist schwer, nicht zu glauben, daß die dänische Regierung einen „Fühler“ ausgesteckt und — als sie von der Entrüstung über die Idee hörte — wieder zurückgezogen hat.

Die „London Review“ findet die Bedingungen des „Dagbladet“ nicht ganz unbillig und wärmt dabei all den abgestandenen Kohn wieder auf, den man so oft von dem dänischen Reichthum der englischen Presse über das Verhältniß zwischen Dänemark und Deutschland und die angeblichen Absichten des letztern in Bezug auf Schleswig vorgelesen bekommen hat.

Die „Times“ widmet dem schon im Jahr 1862 bei Murray erschienenen Buch von Charles A. Gosch über „Deutschland und Dänemark seit 1815“ eine außerordentlich lobpreisende Besprechung. Der Kritiker bürgt für die Unparteilichkeit und Gründlichkeit des Hrn. Gosch, ist aber selbst so gründlich, „Zweibrücken“ als Beispiel anzuführen für die Unritterlichkeit der Deutschen. Diese 40 Millionen Deutsche — meint er — die solch Geschrei erheben, wenn ein schleswig'scher Dorfname dänisiert wird, weil die Dänen ein schwaches Völkchen sind, lassen ihre Rationalität im Elßah im Stich, weil Frankreich stark ist. Der Franzose im Elßah nennt Zweibrücken (im Elßah!) Deux Ponts. Da dies Buch bei Murray erschienen und von der „Times“ approbirt ist, wird es wohl Autorität unter den Engländern werden, wie das rothe Handbuch über den Rhein. Dem englischen Kritiker in der „Times“ möchten wir bemerken: Auf Gosch reimt sich bosh.

Baden.

Heidelberg, 12. Apr. Das bevorstehende erste „Badische Landesfest“ hat auch in dem hiesigen Schützenverein eine erhöhte Thätigkeit hervorgerufen. Es hat gestern eine sehr besuchte Versammlung der Mitglieder desselben stattgefunden, in welcher die Vertreter beim Landesfesten in der Person der H. Dr. Wittermann, jun. und Dr. Blum gewählt und beschlossen wurde, daß als Festgabe ein deutscher Odonanzhüben aus freiwilligen Beiträgen beschafft werden solle. Heute Nachmittag wurden auch die Schießübungen mit einem kleinen Preisstiefen eröffnet. — Die Redar-Dampfschiffahrt wird am 15. d. M. wieder eröffnet werden, und zwar in ihrer vollen bisherigen Ausdehnung zwischen Heilbronn und Heidelberg. Personentaxen und Güterfrachten bleiben vorerst unverändert; jedoch ist eine halbjährige Ermäßigung in Aussicht gestellt.

Manheim, 11. Apr. Leffel's Gastspiel hat gestern den hiesigen Kunstfreunden den Genuß von Hebbel's „Nidelungen“

vermittelt. Die Wirkung dieser Tragödie war eine mächtige auf jede Klasse der Zuhörer. Jedes gestand sich mit Befriedigung, daß nur in durch den Stoff, in dessen Anordnung und persönlicher Gestaltung das Hauptverdienst Hebbel's liegt, so mächtige tragische Wirkung hervorgebracht werden konnte, und daß der erste Theil der Trilogie den Eindruck eines organischen, fest abgeschlossenen Ganzen machte. Die Sprache ist edel und kräftig, die Charaktere — wenn man auch den des Hagen mehr dämonisch hätte wünschen mögen — scharf, klar, streng von einander getrennt, auch wo sie nur mit wenigen Strichen gezeichnet sind.

Die Darstellung war, die Riesenaufgabe und den Charakter einer Erstlingsdarstellung erwogen, vortreflich zu nennen und wurde von den Zuhörern durch den Hervortritt der Hauptpersonen in jedem Akte anerkannt. Außer dem vortreflichen Gaste wurde diese Ehre den Damen Widmann (Brunhilde) und Schäfer (Grimhilde), und Hrn. Käfer (Siegfried) zu Theil, einem Schauspieler, an dessen vortreflichen Eigenschaften das hiesige Publikum leider sich jetzt erst erinnert, da sein Abgang von unserer Bühne beschlossen ist, und die Plätze, die derselbe läßt, so recht augenscheinlich wird.

Manheim, 12. Apr. Vorgestern schloß mit feierlichem Rebeate und Preisvertheilung, mit Gesängen und Vorträgen der Schüler der Jahreskurs der höhern Bürgerschule. Die Rede des Direktors behandelte in eingängiger und zutreffender Weise die Bedeutung des Handels, seine Entwicklung im gegenwärtigen Stadium der Gewerbefreiheit, und die zu einer gedeihlichen Entwicklung nöthige Vorbildung der Jugend. Die Schülerliste ist folgende. Von den zu Ende des vorigen Schuljahres vorhandenen 255 Schülern sind 207 in das gegenwärtige eingetreten; neu hinzugekommen sind 80; — von der Gesammtfrequenz zu 287 sind im Lauf des Schuljahres 48 ausgetreten, folglich beim Schluß noch 239 gegenwärtig. Von den sechs Hauptlehrern war einer, G. Hedmann, bis Mitte Januar durch Krankheit von Erfüllung seiner Pflicht abgehalten; von da ab hatte er bis zum Schluß des Schuljahres mit kurzer Unterbrechung derselben genügen können; dann aber brach seine Kraft zusammen, und der letzte Tag des Schuljahres war der letzte Tag seines thätigen Lebens. Der Verstorbenen ist durch seine Taktforschermethode und die für dieselbe eingeführten Schreibweise auch außerhalb Badens in der Schulwelt bekannt geworden und hat durch seine Reden, Schriftproben und Unterweisungen fast in ganz Deutschland ein schönes Zeugniß von der Strebsamkeit des Lehrerstandes in unserm Großherzogthum abgelegt.

Auch auf der nächsten allgemeinen Lehrerversammlung war ein Vortrag und Proben über seine Methode auf die Tagesordnung gesetzt. Eine zahlreiche Beichenbegleitung wird morgen die Achtung zeigen, welche der Lehrers- und Bürgerstand, wie die Schüler dem Hingegangenen zollten.

Vermischte Nachrichten.

München, 9. Apr. (Schw. M.) Großes Aufsehen erregt der gestern erfolgte Selbstmord eines pensionirten Hauptmanns, Fehrn. v. Seckendorff, der sich in einem nahen Wald erhängte. Auf die Nachricht davon stürzten sich ein Bruder und eine Schwester des Unglücklichen die Pulsadern und liegen jetzt hoffnungslos darnieder.

Im Juni feiert Frau Charlotte Birch-Pfeiffer ihr fünfzigjähriges Schauspielerinnen-Jubiläum. Der Zettel des königl. bairischen Theater-Theaters in München vom 13. Juni 1813 zeigt in dem plötzlichen Melodrama „Nofes Errettung“ das erste Debüt der dreizehnjährigen „Demoselle Charlotte Pfeiffer“ in der Rolle der Thernutis an.

Berlin, 10. Apr. (Berl. Bl.) In dem Stück „Berlin bei Nacht“ befindet sich unter Anderem auch das Lied von der alten Landwehrmühle. Der Schauspieler Grobeder hat auch nachstehenden Vers, der die polizeiliche Genehmigung nicht erlangt, mitgesungen:

„Diese alte Landwehrmühle,
Hier von roth und blauem Luch,
Einst bei Leipzig in der Hitze
Blut'gen Kampfs mein Vater trug!
Siehen auch mit ihrer Spitze
Helme herrlich zu Gesicht,
Glaub' nur, preuß'che Landwehrmühle,
Alle Liebe rostet nicht!“

und ist wegen unbefugten Singens dieser Strophe auf Grund der Verordnung vom 10. Juli 1851 zu 1 Thlr. Geld, event. 1 Tag Gefängniß verurtheilt worden.

In Tyrol will man im Juni d. J. ein Fest zur Erinnerung an den vor 300 Jahren erfolgten Schluß des Konzils von Trident und am 29. Sept. ein andres zur Erinnerung an den vor 500 Jahren stattgehabten Anschluß Tyrols an Oesterreich feiern.

Ein neuer Roman von George Sand ist unter dem Titel „Antonia“ so eben bei Michel Levy in Paris erschienen.

Quittung.

Von der Expedition der Karlsruher Zeitung die für die Familie des verunglückten Christoph Herrmann in Knielingen bis heute eingegangenen Unterstützungsgelder im Betrag von 22 fl. 32 kr. erhalten zu haben, bekennt,
Karlsruhe, den 13. April 1863,
L. Wendling, Piarer.

Verantwortlicher Redakteur:

Dr. J. Ham. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 14. Apr. 2. Quartal. 47. Abonnementsvorstellung. Eingetretener Hindernisse wegen statt der angekündigten Oper „Robert der Teufel“: **Ein Kind des Glücks**; Originalaufspiel in 5 Akten, von Ch. Birch-Pfeiffer. „Abbe von Beauclair“ — Hr. Theodor Löwe zum zweiten Debut. Anfang 7 1/2 Uhr.

Donnerstag 16. Apr. 2. Quartal. 48. Abonnementsvorstellung. **Robert der Teufel**; große Oper in 5 Akten, von Meyerbeer. „Alice“ — Frln. Zirnborser. Anfang 6 Uhr.

Theater in Baden.

Mittwoch 15. Apr. **Gleich und Gleich**; Lustspiel in 2 Akten, von Moriz Hartmann. Hierauf: **Die berühmte Widerspenstige**; Lustspiel in 4 Akten, nach Shakespeare von Deinhardstein.

Internationale landwirthschaftliche Ausstellung zu Hamburg.

Nach einer Bekanntmachung der diesseitigen Behörde im Monat Oktober v. J. (Nr. 20 des landwirthschaftlichen Centralblattes) soll im Juli l. J. zu Hamburg eine internationale Ausstellung von landwirthschaftlichen Erzeugnissen und Betriebsmitteln, namentlich von Zuchtvieh aller Art, unter Mitwirkung der deutschen Ackerbaugesellschaft, soweit es die technische Ausführung betrifft, abgehalten werden. An Preisen sind zur Vertheilung ausgesetzt:

Für Pferde	73 Preise im Gesamtbetrag von	4,625 Thaler,
" Rindvieh	212 " " " "	14,540 " "
" Schafe	88 " " " "	2,650 " "
" Schweine	36 " " " "	900 " "
" Geflügel	20 " " " "	150 " "

Für landwirthschaftliche Gerathe und Maschinen, sowie für landwirthschaftliche Erzeugnisse jeder Art, werden Preismedaillen ertheilt. Als Termin der Anmeldung ist neuerdings der 1. Mai, als Termin für Ablieferung der Gegenstände, Maschinen, Gerathe und Erzeugnisse der Zeitraum vom 20. Juni bis 8. Juli festgesetzt. Die angemeldeten Thiere müssen längstens bis zum 12. Juli einschließlich in Hamburg eintreffen.

Die zur Anmeldung nöthigen Formulare sind unentgeltlich bei dem Sekretär des Comitee's, Herrn Dr. Gerhard Hachmann in Hamburg, oder durch die diesseitige Stelle zu beziehen, die in denselben vorgelegten Fragen nach bestem Wissen und Gewissen zu beantworten, und die ausgefüllten Formulare vor dem 1. Mai l. J. an Herrn Dr. Gerhard Hachmann in Hamburg zurückzusenden. Spätere Anmeldungen bleiben unberücksichtigt. Auf Grund der im Anmeldebogen vom Aussteller gemachten Angaben fertigt der Sekretär demselben das Zulassungs-Certifikat aus, von dessen Zusendung eine Gebühr von 2 Thaler für jedes Pferd oder Rind, 1 Thaler für jeden Bock, jedes Loos von drei Schafen und jedes Schwein zu entrichten ist. Für den Raum einer Maschine zc. zc. ist bei 10 Fuß Tiefe pr. laufenden Fuß Fronte $\frac{1}{4}$ Thaler zu zahlen. Unbedeckter Raum wird pr. laufenden Fuß Fronte mit $\frac{1}{4}$ Thaler bezahlt.

Soweit wir unterrichtet sind, haben ungeachtet der früher ergangenen Veröffentlichung Anmeldungen Seitens der badischen Landwirthe u. s. w. nicht stattgefunden. Da es aber sehr zu bedauern wäre, wenn unsere Landesproduktion bei jener Ausstellung, welche an Umfang sehr bedeutend zu werden verspricht, keine oder eine nur geringe Vertretung fände, so ersuchen wir die inländischen Landwirthe und sonstigen Produzenten, insbesondere von Wein, Hanf, Tabak und der Fabrikate aus letzteren beiden Gegenständen, wegen ihrer Betheiligung alsbald die nöthigen Schritte einzuleiten.

Zu weiterer Auskunftsertheilung, beziehungsweise Vermittlung und Vertretung etwaiger spezieller Wünsche sind wir gerne bereit.

Karlsruhe, den 13. April 1863.

Groß. Centralstelle für die Landwirthschaft.

3.v.425. Baden.
Auswärtigen Freunden und Bekannten geben wir die traurige Nachricht, daß unsere theure Gattin und Mutter, Frau Stiftungsverwalter Elisabetha Buscher, geb. Dieß, nach längerem Leiden in einem Alter von 56 Jahren 5 Monaten heute früh 6 Uhr aus diesem Leben geschieden ist.
Baden, den 13. April 1863.
Die trauernden Hinterbliebenen.

3.v.409. Nr. 7. Gerlachshausen.
Bekanntmachung.
Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die auf Grund höchster Entschließung aus großh. Staatsministerium vom 21. Juni 1861 errichtete, unterfertigte Stelle mit dem heutigen Tage in Thätigkeit begonnen hat.
Gerlachshausen, den 11. April 1863.
Großh. bad. Eisenbahnbau-Kasse.
F. H. L. E. r.

Verhandlungen der Bad. Zweiten Ständekammer.

3.v.407. Karlsruhe. Der Unterzeichnete macht die wiederholte ergebnisse Anzeige, daß die **Gesetzesvorlagen, sowie Commissionsberichte** des gegenwärtigen Landtags, soweit solche in Zweiter Kammer zur Vorlage kommen, von ihm bezogen werden können, bei portofreier Bestellung und genauer Bezeichnung des Gegenstandes.
Karlsruhe, April 1863.
Friedrich Gutsch, Buch- und Steindruckerei.

3.v.357. Eine im Manufaktur-Geschäft erfahrene Gehilfin mit guten Zeugnissen sucht eine Stelle in Karlsruhe. Zu erfahren bei der Expedition dieses Blattes.

3.v.377. Für ein Gefäß von 19" Höhe und 320 c Wasser per Minute wird eine neue oder gebrauchte Turbine gesucht. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

3.v.421. Würzburg.
Empfehlung von Augengläsern.
Unterzeichneter logirt im Hotel Große und empfiehlt eine große Auswahl achromatischer Dpernglaser, Fernrohre, Mikroskope, Loupen, Reitbrillen, Vornetten und Pinne-nez und sonstige Instrumente. Die nach neuester Konstruktion von mir erfundenen chinesischen Krysstallglaser, welche periscop geschliffen, werden genau nach Ansicht des Auges von mir als passend bestimmt. Ich verweile bis Donnerstag, den 16. April Abends und bitte um geneigten Besuch.
Wilhelm Werthheimer, Optikus aus Würzburg.
Nach genommener Einsicht und Prüfung der Fabrikate des Herrn Wilhelm Werthheimer kann ich mit vollster Ueberzeugung bestätigen, daß die Instrumente, namentlich der Schliff und Qualität der Glaser, als die dem Auge zur Konservirung am vortrefflichsten anerkannt werden müssen, und derselbe den eventuellen Bau des Auges kennt.
Geheimerath und Professor Dr. Gehelius.

3.v.408. Karlsruhe.
Lehrlingsgesuch.
Ein braver, junger Mensch, welcher das **Tapeziergeschäft** gründlich zu erlernen Lust hat, kann sogleich unter annehmbaren Bedingungen in die Lehre treten bei **Saßlinger & Co. in Karlsruhe.**

3.v.427. Karlsruhe.
Wohnung zu vermieten.
2 schöne große Kaden, nebst einer Wohnung Bel-Etage, mit 1 Salon, 12 Zimmern, 2 Kammern, Keller, Küche zc. ist zu vermieten in der Langenstraße Nr. 135, dem Erdbrunnen gegenüber.

3.v.404. Bern (Schweiz).
Spielwerke
mit 4, 6, 8 - 24 Stücken, worunter Prachtwerke mit Glodenpiel, Trommel und Glodenpiel, mit Klötenpiel, fern
Spieldosen
mit 2 - 12 Stücken, worunter solche in feinst geschnittenen Kästchen mit Necessaire empfehl.
J. v. Heller in Bern, Schweiz.
(Briefe franco.) Reparaturen besorge auch.

3.v.400. Ein Pharmazent
mit guten Zeugnissen, welcher über 1 Jahr Gebüße ist und französisch spricht, sucht auf 1. October d. J. eine gute Gehilfenstelle. Offerten mit Bedingungen und Gehaltsangabe besorgt die Expedition dieses Blattes.

3.v.430. Karlsruhe.
Ganz frische Orangen und Citronen,
Malagatrauben, Muskatdatteln, Tafelfeigen, Prinzess-Tafelmandeln, Sultaninen, Brinellen, Pistollen, Sorbeaumpflanzen zc.
Frümmge de. Brie, Neuschätel, Roquesfort, Straßburger Münsterkäse im Detail und En-gros, feinsten Emmenthalerkäse, sowie grünen Kräuter sind eingetroffen bei
H. Daniel Meyer, großh. Hoflieferant.

3.v.429. Karlsruhe.
Mineralwasser,
als: Emser, Selterer, Fachinger, Mergenthimer, Langenbrüder, Schwefel-, Homburger, Schwabacher, Friedrichshaller, Salsbrüder Bitterwasser ist in frischer Füllung eingetroffen bei
H. Daniel Meyer, großh. Hoflieferant.

3.v.374. Karlsruhe.
Fabrikversteigerung.
Akademiestraße Nr. 11, eine Etage hoch, werden durch den großh. Notar Ved versteigert.
Donnerstag den 16. d. M.: Staatspapiere und Loose, Gold, Silber, Schreinwerk, Bettung und sonstiger Hausrath;
Freitag den 17. d. M.: Schreinwerk, Küchengerath und sonst verschiedene Hausrath.
Die Versteigerung beginnt Vormittags 9 Uhr und wird Nachmittags 2 Uhr fortgesetzt werden.
Karlsruhe, den 10. April 1863.
Großh. bad. Stadtmagistrat.
G. Gerhard.

3.v.382. Nr. 1635. Offenburg.
Pferde-Versteigerung.
Freitag den 24. April 1863, Vormittags 9 Uhr, werden vor dem hiesigen Rathhaus 11 Militärpferde (5 Stuten und 6 Wallachen von 8 bis 14 Jahren) gegen Baarzahlung öffentlich versteigert; wozu Kaufliebhaber eingeladen werden.
Offenburg, am 10. April 1863.
Großh. Oberrheinmeret.
Waler.
Mit einer Beilage.